

Liberalisierung und Deregulierung



In einer sozialen Marktwirtschaft ist der Staat dazu da, für die Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu schaffen; in manche Bereiche darf er, dem Gemeinwohlgebot folgend, auch besondere Regularien ausstellen, um das Individuum vor sozialen Härten zu schützen.

Mit der Vereinheitlichung der Standards innerhalb des Europäischen Binnenmarktes, sollten, angestoßen durch die Europäische Kommission, staatliche Regulierungen kontinuierlich abgebaut werden. Mit dieser Forderung bzw. deren Umsetzung begann der schleichende Prozess der Deregulierung.

Deregulierung meint eine fortschreitende Liberalisierung der Märkte und damit die Förderung von Konkurrenz, Investitionen und allgemeiner wirtschaftlicher Effizienz, was letztlich auch den Staat entgegenkomme, dessen öffentlicher Haushalt – etwa durch Privatisierung – zunehmend entlastet würde.

Die Befürworter der Deregulierung führen an, dass wenn es weniger regulative und bürokratische Hürden gäbe, die Arbeitslosigkeit stark sinken würde, weil der Faktor Arbeit sich deutlich verbillige.

Die Gegner der Deregulierung sind indes der Meinung, dass der Systemwechsel hin zu einer US-Amerikanisierung des Sozialstaats und somit der Sozialstruktur zu einer stetig wachsenden Kluft zwischen den armen und reichen Bevölkerungsschichten führe.

Dass, was die Wirtschaft in der Globalisierung maßgeblich prägt, ist die Denkschule des Neoliberalismus. Im Neoliberalismus soll die Preisregulation ausschließlich

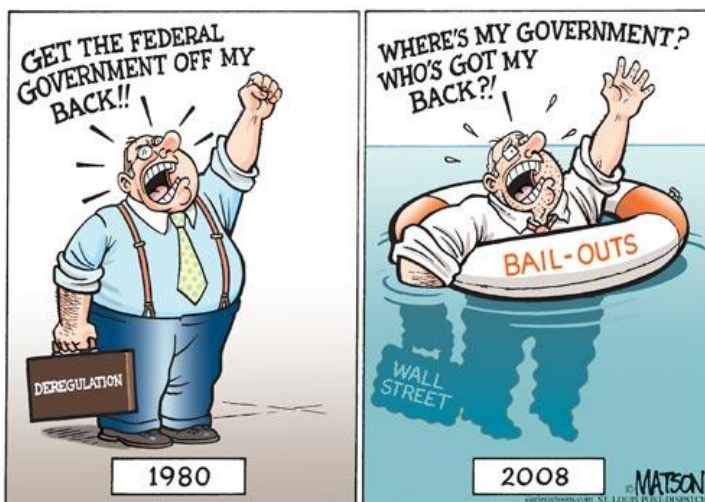
Vgl. Wirtschaftsordnungen.

Die Bewertung der Deregulierung erscheint letztlich als Glaubensfrage. Glauben wir daran, dass der Markt sich selbst regulieren kann und dabei Wohlstand für alle schafft oder ist es vielmehr so, dass das System der Wirtschaft ohne staatliche Lenkung ein geschlossenes ist, das Wertschöpfung grundsätzlich erst einmal für sich in Anspruch nimmt, um zu wachsen, wettbewerbsfähiger zu werden, usw. usf..

über die Kräfte des uneingeschränkten Marktes erfolgen; Handelshemmnisse, Auflagen und Beschränkungen sowie staatliche Monopole seien abzubauen, das Sozialsystem soll privatisiert bzw. der Sozialstaat so weit wie möglich abgebaut werden. Das spare Kosten für die Unternehmen bzw. bietet ihnen profitablere Rahmenbedingungen, die sich dann in günstigeren Preisen, höherem Konsum und natürlich steigenden Arbeitsplätzen bemerkbar mache. Von Kritikern wird diese wirtschaftliche Ausrichtung angeprangert, zu großes Vertrauen würde in den die Kräfte des freien Marktes und dessen Selbstregulierungsvermögen gesetzt. Der Mensch und dessen Nöte seien vergessen, soziale Kälte und Not verbreitet.

Kurzdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung:

Deregulierung: Abbau von staatlichen Regelungen (Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien) mit dem Ziel, mehr Entscheidungs- und Wahlfreiheiten zu eröffnen. Mit der Rücknahme zwingender Vorschriften oder verbindlicher Standards sollen technische, wirtschaftliche und soziale Innovationen angeregt und es soll dazu beigetragen werden, wirtschaftliche Entscheidungen schneller zu realisieren.



Wie wir in der Karikatur erkennen können, hängt die Bewertung staatlicher Einflussnahme auch davon ab, wie es um das große weltwirtschaftliche Ganze bestellt ist und mit Blick auf den wütenden Finanzdienstleister von 1980 und dem winselnden Selbigen von 2008, ob man sich in seiner radikalen Eigenständigkeit stark fühlt. Die großen Finanzmarktkrisen zu Beginn der 2000er, deren Ausläufer wir immer noch spüren, haben gezeigt, dass sich auch die ganz großen „Player“, die stets erfolgsverwöhnt am großen Rad der Finanzwirtschaft drehen, gerne retten lassen, wenn ihnen das Wasser bis zum Halse steht; da darf der Staat dann gerne aktiv werden und der Staat, das sind wir!

Das ist vielleicht der Status Quo der Debatte, jetzt in den 2010ern: Das Hohelied der Deregulierung greift nicht mehr so recht und hat deutlich an Überzeugungskraft verloren und es wurde mehr als deutlich, dass am Ende doch der Staat und dessen Volk den Preis zu zahlen haben. Und wenn dem so ist – dies einmal als Meinung – so sollte die Binsenweisheit gelten: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

Aus heutiger Sicht und mit den Krisen der frühen 2000er im Rücken.